Entwicklungspolitik

OTTO SCHMUCK

Die Rahmenbedingungen für die gemeinschaftliche Entwicklungspolitik haben sich 1983 spürbar verschlechtert. Die anhaltend ungünstige Ernährungslage vieler, vor allem schwarzafrikanischer Staaten[1], wachsende Verschuldungsprobleme[2] und auch die seit 1980 anhaltend niedrigen Weltmarktpreise für viele agrarische Rohstoffe[3] führten zu einer verzweifelten Lage vieler Entwicklungsländer. Gleichzeitig brachten die weltweiten Nord-Süd-Konferenzen kaum Annäherungen der festgefahrenen Positionen: UNCTAD VI, mit erheblichem Aufwand vom 6. Juni bis zum 3. Juli 1983 in Belgrad durchgeführt, wurde von Beobachtern übereinstimmend als Fehlschlag bewertet[4]. Aufgrund der restriktiven Haltung der Vereinigten Staaten kam eine für 1983 vorgesehene Mittelaufstockung der Internationalen Entwicklungsorganisation (IDA) nicht in der vorgesehenen Höhe zustande, so daß den begünstigten, sehr armen Ländern für den Dreijahreszeitraum von 1984 – 1987 statt der geplanten 12 nur 9 Mrd. US-Dollar zur Verfügung stehen[5]. Auch die Gemeinschaft zeigte sich aufgrund eigener Schwierigkeiten nicht dazu in der Lage, den gestiegenen Hilfeanforderungen der Entwicklungsländer vermehrt zu entsprechen.

Die herausragenden Ereignisse der EG-Entwicklungspolitik 1983

- Der Paritätische Auschuß und die Beratende Versammlung AKP/EWG berieten im Februar und September in Kingston/Jamaika bzw. in West-Berlin über die aktuellen Probleme der Zusammenarbeit und über die anstehenden Neuverhandlungen zu einem Nachfolgeabkommen von Lomé II[6]. Beide Themen standen auch bei der Tagung des Ministerrats AKP-EWG am 19. und 20. Mai in Brüssel auf der Tagesordnung. Wenig positive Ergebnisse brachte aus AKP-Sicht die lange erwartete Sondersitzung des Ministerrats über die Probleme des STABEX-Systems am 19. Mai. Dieses System dient der Stabilisierung der Erlöse für agrarische Rohstoffe. Die EG zeigte sich nicht zur nachträglichen Finanzierung der 1980/81 aufgetretenen Deckungslücken bereit[7].
- Bei der 4. Ministertagung EG-ASEAN behandelten die Außenminister der beiden Regionalzusammenschlüsse Ende März wirtschaftliche und politische Fragen von gemeinsamem Interesse, wie das Flüchtlingsproblem in Kamputschea, die Lage im Nahen Osten und in Afghanistan und die Aussichten für UNCTAD VI[8].

- Die sechste UNCTAD-Konferenz fand vom 6. Juni bis zum 3. Juli 1983 in Belgrad statt. Trotz gründlicher Vorbereitung konnte die Gemeinschaft keine Führungsrolle übernehmen, ein Interessenausgleich zwischen Industrie- und Entwicklungsländern kam nicht zustande[9].
- Nach jahrelangen internen Diskussionen präzisierte der Rat am 15. November die Prinzipien der EG-Nahrungsmittelhilfe. Oberstes Ziel bei der Vergabe ist demnach die langfristig anzustrebende Selbstversorgung der Empfängerländer; die gelieferten Produkte sollen den Nahrungsmittelgewohnheiten der Begünstigten entsprechen[10].
- Das zentrale entwicklungspolitische Ereignis des Jahres 1983 war jedoch am 6. Oktober der Verhandlungsbeginn zu einem Nachfolgevertrag für Lomé II, das im Februar 1985 ausläuft[11]. Allgemein wird mit zähen und langandauernden Verhandlungen gerechnet.

Die Neuorientierung der EG-Entwicklungspolitik

Das Memorandum der Kommission vom 5. 10. 1982 zur gemeinschaftlichen Nord-Süd-Kooperation (‚Pisani-Memorandum') wurde 1983 von allen Gemeinschaftsinstitutionen ausführlich diskutiert[12]. Die kritische Einschätzung des Momorandums zu den Ergebnissen der bisherigen Zusammenarbeit fand weitgehende Zustimmung. Die daraus gezogenen Schlußfolgerungen wurden jedoch von Rat und Parlament nicht in allen Punkten mitgetragen. Auf eine positive Resonanz stießen insbesondere die vorgeschlagene verstärkte Prioritätensetzung im ländlichen Raum, das Prinzip des Politikdialogs und auch das Konzept der Nahrungsmittelstrategien, zu dessen Erprobung in Kenia, Mali, Ruanda, und Sambia derzeit Pilotprogramme durchgeführt werden. Die bisherige Praxis der EG-Nahrungsmittelhilfe, mit Ausnahme der Katastrophenhilfe, stieß in der Gemeinschaft auf zunehmende Kritik[13]. Möglicherweise bietet die neue Politik der Nahrungsmittelstrategien die Gewähr für die Einbettung der Hilfe in eine Gesamtstrategie. Verschiedene Mitgliedstaaten signalisierten ihren Widerstand gegen die vorgeschlagene Verdopplung des EG-Anteils an deren gesamten Entwicklungshilfeleistungen. Wenig Gegenliebe fand bei einigen EG-Staaten und auch beim Parlament der Vorschlag, das neue Abkommen ohne zeitliche Befristung abzuschließen[14].

Besonderes Interesse erregte der von der Kommission ins Gespräch gebrachte ‚Politikdialog' zwischen Gemeinschaft und Entwicklungsländern über die einzuschlagende Entwicklungsstrategie und die sich hieraus für beide Seiten ergebenden Verpflichtungen. Verschiedene Mitgliedstaaten, wie auch die Bundesrepublik Deutschland unterstützten diesen Neuansatz nachdrücklich, da hier eine erfolgversprechende Alternative zur bislang erfolglosen staatlichen Entwicklungspolitik nach dem Gießkannenprinzip gesehen wurde[15]. Der zuständige EG-Kommissar Edgard Pisani hatte in seinem Memorandum vom Oktober 1982 ausgeführt, nach der paternalistischen Haltung der 50er und 60er und der neutralistischen Haltung der 70er Jahre müsse heute zur Sicherstellung

der angestrebten Ziele ein offener Dialog zwischen souveränen und gleichberechtigten Partnern gesucht werden[16]. Daß dies nicht immer leichtfällt, wurde bei den ersten Realisierungsversuchen der neuen Methode deutlich: Die ehemaligen Kolonien zeigten sich gegenüber vermeintlichen oder tatsächlichen Eingriffen der Europäer in ihre staatliche Souveränität und Entwicklungsplanung als sehr sensibel.

In der Tat ist der Grat schmal zwischen ‚Politikdialog' und politischer Bevormundung. In einer Zeit, in der verschiedene Industriestaaten verstärkt dazu übergehen, ihre Entwicklungshilfe nach einem ideologischen Freund-Feind-Schema zu vergeben, kann die Methode des Politikdialogs sehr leicht zur Durchsetzung einer Wirtschafts- und Sozialpolitik nach den Vorstellungen der Finanzgeber mißbraucht werden. Diese Gefahren sehen auch die Entwicklungsländer. Bei mehreren Gelegenheiten erläuterte Kommissar Pisani sein Konzept und bemühte sich um die Ausräumung vorhandener Mißverständnisse. Dabei wies er auf den durch ausbleibende Erfolge bewirkten Wandel der gemeinschaftlichen Zusammenarbeit von der Projekthilfe zur Programmhilfe und schließlich zur globalen Unterstützung der nationalen Entwicklungspolitiken im Rahmen des Politikdialogs hin[17]. Wegen seiner Mißverständlichkeit schlug er vor, den Begriff Politikdialog durch den Terminus „Dialog über Entwicklungsstrategien" zu ersetzen, ohne dadurch die intendierten Ziele allerdings zu verändern[18].

Heute liegen erste Ergebnisse über die neuen Instrumente und Methoden vor. Seit 1982 wurden die mit vier schwarzafrikanischen Ländern vereinbarten Pilotprogramme mit unterschiedlichem Erfolg durchgeführt[19]. Besonders im Falle Malis konnten dabei positive Resultate erzielt werden, den dortigen Kleinbauern wurden fortschrittlichere Anbaumethoden vermittelt, die zu höheren Ernteerträgen führten. Nach Überwindung gewisser Anlaufschwierigkeiten verläuft nach den vorliegenden Berichten heute auch der Politikdialog mit Ruanda und Kenia zufriedenstellend, während die Anwendung in Sambia auf ernsthafte Schwierigkeiten stieß. Nach EG-Meinung bieten die dortigen Staatsfarmen den Landarbeitern in zu geringem Maße Anreize zur Leistungssteigerung[20]. Gerade das Beispiel Sambia zeigt, daß ‚Politikdialog' in letzter Konsequenz das Infragestellen der inneren Sozialstrukturen und des politischen Selbstverständnisses implizieren kann.

Das dritte Anwendungsjahr von Lomé II

In den verschiedenen Konferenzen der Organe AKP-EWG wurde die zunehmende Enttäuschung der AKP-Seite über die Ergebnisse der Zusammenarbeit deutlich. Der Botschafter der Fidschi-Inseln J.D.V. Cavalevu rechnete als Berichterstatter der Beratenden Versammlung AKP-EWG seinen europäischen Verhandlungspartnern vor, daß aufgrund von Inflation und Ausweitung der Zahl der AKP-Staaten von 46 auf 63 die im Rahmen von Lomé II verfügbaren jährlichen Finanzmittel pro Einwohner real 20 % unter den Mitteln von Lomé I

liegen[21]. Als noch alarmierender werden die Ergebnisse der handelspolitischen Zusammenarbeit gewertet: Hatte die Handelsbilanz EWG-AKP 1979 und 1980 noch ein deutliches Plus für die AKP-Länder aufgewiesen, so erwirtschafteten sie 1981 und 1982 ein Defizit von 2,2 bzw. 0,4 Mrd. ERE[22]. Gleichzeitig ging die Bedeutung des AKP-Anteils am EG-Gesamthandel beständig zurück, z.B. sank der AKP-Importanteil der Gemeinschaft von 7,0 % 1980 auf 5,4 % 1981 und 5,5 % 1982[23].

Diese negative Ergebnisbilanz belastete die Arbeit der AKP-EWG-Institutionen 1983 in erheblichem Ausmaß, zumal die EG-Seite bezüglich der in den Anwendungsjahren 1980 und 1981 aufgetretenen Probleme mit dem STABEX-System wenig Konzessionsbereitschaft zeigte. In beiden Problemjahren konnten die anerkannten STABEX-Anträge nur jeweils etwa zur Hälfte ausbezahlt werden, so daß die Glaubwürdigkeit des Systems insgesamt nicht unerheblich litt. Bei der Sondersitzung des AKP-EWG-Ministerrats zu dieser Frage vertrat die EG am 19. 5. 1983 die Position, das einvernehmlich festgelegte System habe nur beschränkten Haftungscharakter und lehnte eine weitere Mittelaufstokkung ab. Da die schlechten Ertragsjahre 1980/81 derzeit die Referenzperiode zur Berechnung etwaiger Defizite mitbestimmen, sank die Referenzmarge in erheblichem Umfang. Daher konnten alle Ansprüche für 1982 befriedigt werden und auch für 1983 dürften die Mittel ausreichend sein[24].

Erhebliche Bedeutung in der Lomé-Kooperation kam auch 1983 dem südlichen Afrika zu[25]. Regelmäßig drängte die AKP-Seite auf Sanktionen gegenüber der Republik Südafrika, auf die baldige Unabhängigkeit Namibias und auf eine verstärkte Hilfeleistung der EG an die sogenannten Frontstaaten. Bei mehreren Gelegenheiten sagten EG-Repräsentanten der Koordinationskonferenz südafrikanischer Staaten (SADCC) eine besondere Unterstützung zu[26]. Auf Unverständnis und Kritik stieß bei der Jahrestagung der Beratenden Versammlung AKP-EWG im September in West-Berlin der private Informationsbesuch von vier Europa-Parlamentariern nach Angola, in dessen Verlauf die Abgeordneten die Lager der oppositionellen UNITA besucht hatten[27]. Aufgrund der sich zu Beginn des Jahres 1984 abzeichnenden Annäherung zwischen der Republik Süd-Afrika und deren Nachbarstaaten[28], dürfte die Thematik „südliches Afrika" in der zukünftigen Zusammenarbeit an Brisanz verlieren.

Die Verhandlungen über Lomé III

Am 6. Oktober 1983 wurden in Luxemburg die Verhandlungen zu einem neuen Abkommen des Typs Lomé aufgenommen[29]. Aufgrund der unterschiedlichen Einschätzungen beider Seiten über die bisherigen Kooperationsergebnisse werden komplizierte Verhandlungen erwartet, wenn auch niemand ernsthaft mit einem Scheitern rechnet.

Folgende Verhandlungsziele der AKP-Staaten wurden deutlich:

- spürbare Erhöhung der bereitzustellenden Finanzhilfe,
- grundlegende Reformierung des STABEX-Systems[30],

– umfassende Maßnahmen zur Ausweitung der beiderseitigen Handelsbeziehungen.

Die EG setzt sich dagegen für eine weitgehende Beibehaltung der bestehenden Abmachungen bei einigen Verbesserungen in Einzelpunkten ein[31]. Wie schon bei den Verhandlungen zu Lomé II wird – auch auf besonderes Drängen des Europäischen Parlaments – die Aufnahme einer Menschenrechtsklausel gefordert[32]. Darüber hinaus wird die Verankerung des Politikdialogs als Methode der Zusammenarbeit im Vertragstext angestrebt. Beides wurde jedoch bislang von den Verhandlungspartnern kategorisch abgelehnt[33]. Die AKP-Seite stellte im Gegenzug die Forderung nach Berücksichtigung einer Anti-Apartheitsklausel auf, mit der die Republik Südafrika angeprangert werden soll, und verlangte die Festschreibung eines verbrieften Rechts auf Entwicklung im Abkommenstext[34]. Bei der Sitzung des Paritätischen Ausschusses AKP-EWG im Februar 1984 in Brazzaville deutete sich als Kompromiß an, daß zwar auf die formale Festschreibung derartiger Prinzipien im Abkommenstext selbst verzichtet wird, daß sie aber in der praktischen Arbeit verstärkt Berücksichtigung finden sollen.

Weltweite Kooperation

Auch 1983 bemühte sich die Gemeinschaft um einen Ausbau ihrer weltweiten Entwicklungszusammenarbeit. Die für 1983 bereitgestellten Mittel für nichtassoziierte Entwicklungsländer in Höhe von 122, 7 Mio. ERE für Zahlungen, 235 Mio. ERE für Verpflichtungen sollen zu 74/78 % für Asien, zu 20/17 % für Lateinamerika und zu 6/5 % für die noch nicht dem Lomé-Abkommen beigetretenen Staaten Afrikas verwendet werden[35]. Besondere Bedeutung beim Ausbau der weltweiten Entwicklungskooperation kommt aus politischen Gründen der Normalisierung der Beziehung zu Lateinamerika zu. Nachdem der Dialog EG-Lateinamerika nach den Auseinandersetzungen um die Falkland-Inseln für einige Zeit zum erliegen gekommen war, wurde 1983 von beiden Seiten die Bereitschaft zur Wiederaufnahme bekundet[36]. Als ein besonderer Erfolg wurde von der Gemeinschaft die am 17. Dezember 1983 erfolgte Paraphierung eines nichtpräferentiellen Kooperationsabkommens mit den Andenpaktstaaten mit einer Laufzeit von fünf Jahren gewertet[37]. Im Juni 1983 tagte in Brüssel die 6. Interparlamentarische Konferenz EG-Lateinamerika, in deren Verlauf ein überraschend offener und tiefgreifender Meinungsaustausch über die Probleme beider Regionen durchgeführt wurde[38]. Mit der Annahme des Van-Aerssen-Berichtes forderte das Europäische Parlament eine intensivierte Zusammenarbeit zwischen der Gemeinschaft und Lateinamerika, die u.a. die Errichtung einer Eurolateinamerikanischen Bank, den Abschluß eines wirtschaftlichen Kooperationsabkommens mit den Staaten Mittelamerikas und ein verstärktes entwicklungspolitisches Engagement der EG in dieser Region umfassen sollte[39].

Viel Energie verwendeten die Gemeinschaftsorgane zur Vorbereitung der 6. UNCTAD-Konferenz, die vom 6. Juni bis zum 3. Juli 1983 in Belgrad statt-

fand. Dem Anspruch, eine verstärkte Vermittlerrolle im Nord-Süd-Konflikt zu übernehmen, konnte die Gemeinschaft bei dieser Gelegenheit allerdings nicht gerecht werden. Im Vorfeld dieser Mammutkonferenz waren verschiedene weitreichende Vorschläge zwischen den Mitgliedstaaten ventiliert worden, so u.a. die Ausweitung des Stabex-Systems auf alle am wenigsten entwickelten Länder. Die Niederlande regten zum Abbau des Verschuldungsproblems der Entwicklungsländer die Bereitstellung einer außerordentlichen Finanzhilfe in der Größenordnung von 2 bis 6 Mrd. US-Dollar an[40]. Weiterhin wurde auch vorgeschlagen, die Gemeinschaft solle für einige der finanzschwächsten Entwicklungsländer die Beitrittsgebühr für den Internationalen Rohstoffonds übernehmen. Von diesen weitreichenden Plänen konnte nur der letztgenannte ansatzweise realisiert werden[41], da zu den anderen Fragen keine einheitliche Meinungsbildung unter den EG-Staaten zu erreichen war. Bei Abschluß von UNCTAD VI wurde es von Beobachtern schon als Erfolg gewertet, daß die Konferenz nicht wegen tiefgreifender Meinungsverschiedenheiten zwischen Nord und Süd abgebrochen werden mußte.

Zunehmende innere Schwierigkeiten

Zwei Probleme belasten derzeit die Gemeinschaft intern in besonderem Maße, beide sind auch für die Entwicklungspolitik von erheblicher Bedeutung. Zum einen sieht sich die Gemeinschaft außerstande, die kontinuierlich anwachsenden Agrarüberschüsse auch in Zukunft in gleichem Umfang zu finanzieren wie bisher. Zum zweiten bereitet der bevorstehende EG-Beitritt Spaniens und Portugals den politisch Verantwortlichen erhebliches Kopfzerbrechen. Schon heute ist abzusehen, daß der finanzielle Spielraum der EG für ihre Zusammenarbeit mit den Staaten der Dritten Welt zunehmend geringer wird, selbst bei einer Ausweitung des bisherigen Finanzrahmens. Die nachfolgende Tabelle bietet einen Überblick über die entwicklungspolitischen Ausgaben der EG im Zeitraum 1982 bis 1984 und zeigt von 1983 auf 1984 ein Absinken der entsprechenden Haushaltsmittel um 8,9 %.

Finanzielle Zusammenarbeit der EG mit den Entwicklungsländern 1982–1984 (in Mio. ERE)

I. Haushaltsmittel (Zahlungen)

	1982	1983	1984
Nahrungsmittelhilfe	503,6	541,9	506,1
Nichtassoziierte Entwicklungsländer	177,6	122,7	131,3
Zusammenarbeit mit den Mittelmeerländern	113,8	128,5	106,0
Verschiedenes (Soforthilfe, Sonderprogramme, Verwaltung)	150,3	191,5	153,7
Haushaltsmittel gesamt	945,3	984,6	897,1

II. Mittel des Europäischen Entwicklungsfonds (Bindungen)

	1982	1983*
Industriealisierung (inkl. Stabilisierung der Bergbauerlöse/SYSMIN)	330,0	238,5
Agrarproduktion	355,2	147,5
Wirtschaftsinfrastruktur	112,3	249,6
Soziale Entwicklung	117,5	126,3
STABEX	142,8	99,6
Soforthilfe	19,1	11,9
Absatzförderung	9,5	6,7
Verschiedenes (u.a. Fremdenverkehr)	8,9	18,7
EEF-Mittel gesamt	1095,3	898,8
Finanzhilfe der EG gesamt	2040,6	1883,4

* Zahlen für 1983 Schätzungen, für 1984 liegen keine Angaben vor.

Quelle: Zusammengestellt nach Zahlenangaben aus dem „Siebzehnten Gesamtbericht über die Tätigkeit der Europäischen Gemeinschaften 1983", Brüssel/Luxemburg 1984, S. 46f., 51 und 299.

Nur aufgrund des energischen Eintretens des Europäischen Parlaments für diesen Haushaltsansatz konnten noch weitergehende Kürzungen verhindert werden[42]. Angesichts dieser Vorzeichen wird verständlich, daß die Gemeinschaft verstärkt auf eine effektivere Mittelverwendung in Kooperation mit den Mitgliedstaaten und anderen Geldgebern eintritt. Die entstandene Überproduktion im Agrarsektor führte aber auch mehr und mehr dazu, daß die EG auf dem Weltmarkt verstärkt in Konkurrenz zu den Entwicklungsländern tritt und zudem den eigenen Markt gegen Agrarexporte von außen abschottet. Zwar belegt eine von der Kommission im Auftrag des EP ausgearbeitete Studie die Bedeutung der Gemeinschaft als der weltweit größte Agrarimporteur, doch ist die EG gleichzeitig auch der zweitgrößte Agrarexporteur der Welt[43]. Nach abgeschlossener Süderweiterung werden diese Probleme weiter zunehmen.

Konzeptionelle Perspektiven

Bei den Entwicklungsexperten macht sich gegenwärtig eine gewisse Ratlosigkeit über die einzuschlagende Entwicklungsstrategie breit[44]. Modernisierungs- und Industrialisierungskonzepte haben ebenso wenig überzeugende Ergebnisse liefern können wie Abkopplungsstrategien oder als ‚afrikanischer Sozialismus' gepriesene Modelle. Die Gemeinschaft setzt auf eine verstärkte Kooperation zwischen Gebern und Empfängern, auf eine Kooperation, die in gemeinsamer Verantwortung geplant und durchgeführt wird. Sie geht dabei von der Überlegung aus, daß nur über den koordinierten Einsatz aller verfügbaren Ressourcen ein weiteres Öffnen der Entwicklungsschere zwischen Nord und Süd verhindert

werden kann. Als Ansatzpunkt wählte sie angesichts der sich dramatisch verschärfenden Ernährungsprobleme der südlichen Hemisphäre die Entwicklung des ländlichen Raums mit der Zielsetzung der Nahrungsmittelselbstversorgung. Dieses Konzept wird ergänzt durch eine unterstützende, zunehmend mehr binnenmarktorientierte industrielle Zusammenarbeit, Infrastrukturverbesserungen und Sozialmaßnahmen. Verstärkte Bedeutung kommt daneben der regionalen Zusammenarbeit mehrerer Entwicklungsländer im Rahmen der Süd-Süd-Zusammenarbeit zu. Damit verfügt die Gemeinschaft trotz vieler Fragezeichen über ein vorwärtsgerichtetes und praktikables Entwicklungskonzept. Zukunftsaufgabe bleibt die bessere Einbettung der Kooperationspolitik in die anderen Gemeinschaftspolitiken.

Anmerkungen

1 Vgl. M. Labonne, La Précarité Alimentaire en Afrique, in: Revue Tiers Monde, Paris 1983, Nr. 95, S. 589 – 596; The World food situation – a summary, in: The Courrier, Brüssel 1982, Nr. 75, S. 3 – 6; G. de Sabatino, Hilfe gegen den Hunger muß geplant sein. Ein Kontinent in Not: Afrika braucht 1984 fünf Millionen Tonnen Getreide, in: Frankfurter Rundschau v. 13. 1. 1984; Cette fois c'est toute l'afrique qui est frappée par la secheresse. Un entretien avec le directeur général de la F.A.O., in: Le Monde v. 26. 11. 1983.

2 Zunehmende Verschuldung und höhere Zinssätze bewirkten ein Ansteigen der Relation zwischen Schuldendienstverpflichtungen und Ausfuhren der Entwicklungsländer von 13,6 % 1980 auf 20,7 % 1982; vgl. Weltbank (Hrsg.), Weltentwicklungsbericht 1983, Washington, DC: UNO Verlag 1983, S. 24 – 28 und S. 204f.

3 Ebenda, S. 13 – 15; siehe auch Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (Hrsg.), Entwicklungspolitischer Jahresbericht 1982, Bonn, Oktober 1983, S. 44.

4 Vgl. u.a. R. Wartenweiler, Die UNCTAD VI im Evolutionsprozeß der internationalen Wirtschaftsbeziehungen, in: Europa-Archiv, Bonn 1983, Folge 16, S. 461 – 468; G. Corea, North-South Issues: The UNCTAD-Perspective, in: Studia Diplomatica, Brüssel 1983, H. 1, S. 3 – 14; F.-J. van Hoek, A wasted opportunity? In: The Courier, Brüssel 1983, H. 81, S. 11 – 12.

5 Siehe VWD-Europa v. 1. 2. 1984, S. 4.

6 Bulletin der EG, 2/1983, Ziffer 2.2.40. und Bulletin der EG, 9/1983, Ziffer 2.2.43.

7 Bulletin der EG, 5/1983, Ziffern 2.2.49. – 2.2.51.

8 Bulletin der EG, 3/1983, Ziffer 2.2.39.

9 Bulletin der EG, 6/1983, Ziffer 2.2.47. und Bulletin der EG, 7-8/1983, Ziffern 2.2.61 – 2.2.63.

10 Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Hrsg.), 17. Gesamtbericht über die Tätigkeit der Europäischen Gemeinschaften 1983, Brüssel/Luxemburg 1984 (im folgenden „17. Gesamtbericht 1983"), Ziffer 722, der Text ist dokumentiert in Agence Europe, Nr. 1283 v. 17. 11. 1983.

11 Die Orientierungen der Kommission zu Lomé III finden sich im Bulletin der EG, 3/1983, Ziffer 1.1.1 – 1.1.8.; Festlegung des Verhandlungsmandats durch den Rat: Bulletin der EG, 9/1983, Ziffer 2.2.40; Verhandlungsbeginn: Bulletin der EG, 10/1983, Ziffer 2.2.51.

12 Das Kommissionsmemorandum zur Entwicklungspolitik der EG vom 5. 10. 1982 (KOM/82/640 endg.) ist in Auszügen dokumentiert in: Werner Weidenfeld u. Wolfgang Wessels (Hrsg.), Jahrbuch der Europäischen Integration 1982, Bonn 1983, S. 405 – 408.

13 O. Matzke, Pro und Contra Nahrungsmittelhilfe, in: Außenpolitik, Hamburg 1984, H. 1, S. 87 – 99; Beissner/Hemmer/Schleich u.a., Ernährungssicherungsprogramme einschließlich Nahrungsmittelhilfe und ihre entwicklungspolitischen Auswirkungen in Empfängerländern. Forschungsbericht des Bundes-

ministeriums für Zusammenarbeit und Entwicklung., Bd. 8, Köln 1981.

14 Siehe VWD-Europa v. 21. 6. 1983, S. 5; sowie Agence Europe, Nr. 3636 v. 24. 6. 1983, S. 11. Die Position des EP findet sich im Bericht Irmer über das Umfeld des Nachfolgeabkommens von Lomé II, Sitzungsdokumente des Europäischen Parlaments, 1-605/83/I v. 12. 8. 1983, bes. Ziff. 92, dort wird die Laufzeit des neuen Abkommens bewußt von den erzielten Verhandlungsergebnissen abhängig gemacht.

15 Nach E. Pisani haben sich Gemeinschaft und Mitgliedstaaten auch auf Betreiben der Bundesrepublik Deutschland zu dem neuen Dialogprinzip bekannt, siehe E. Pisani, Die Europäische Gemeinschaft und die Nord-Süd-Frage, in: Europa-Archiv, Bonn 1983, Folge 19, S. 594.

16 Siehe den Text des Kommissionsmemorandums zur Entwicklungspolitik der EG, KOM(82) 640 endg. vom 5. 10. 1982.

17 E. Pisani, a.a.O, S. 595.

18 Vgl. Agence Europe, Nr. 3775 v. 26. 1. 1984, S. 11.

19 Opération pilotes dans quatre pays, in: Le Courrier, Brüssel 1984, Nr. 84, S. 56 – 63.

20 VWD-Europa v. 2. 12. 1983, S. 6.

21 Vgl. den Bericht von J.D.V. Cavalevu, Sitzungsdokumente der Beratenden Versammlung AKP-EWG 57/83/A vom 21. 9. 1983, bes. Ziffer 15.

22 Siehe Jahresbericht des AKP-EWG-Ministerrats 1982, Brüssel 1983, S. 13.

23 Ebenda.

24 Vgl. 17. Gesamtbericht 1983, a.a.O., Ziffer 739. Der letzte Antrag für 1982 wurde erst Anfang März 1984 entschieden; Ghana erhielt im Vorgriff auf die STABEX-Jahrestranche 1983 31,2 Mio. ECU; siehe Agence Europe, Nr. 3803 v. 5./6. 3. 1984, S. 8.

25 Siehe Otto Schmuck, Entwicklungspolitik, in: Werner Weidenfeld u. Wolfgang Wessels, Jahrbuch der Europäischen Integration 1982, Bonn 1983, S. 220 – 228, hier S. 223; A. Ogowe, Consultative Assembly in a radical mood, in: The Courier, Brüssel 1983, Nr. 77, S. 6f.

26 Vgl. 17. Gesamtbericht, a.a.O., Ziffer 748; A. Ogowe, SADCC'84: un témoignage de solidarité, mais peux d'engagement nouveaux, in: Le Courrier, Brüssel 1984, Nr. 84, S. XIII – XVI; W. Zehender, Cooperation versus Intergration: The Prospects of the South African Development Cooperation Conference (SADCC) (Occasional Papers of the German Development Institute No. 77), Berlin 1983, S. 60.

27 Agence Europe, Nr. 3662 v. 1./2. 8. 1983, S. 2.

28 Hierzu u.a. A. Bänzinger, Südafrika sammelt die Früchte der Subversion, in: Frankfurter Rundschau v. 2. 3. 1984; o.V., Namibia: Große Gärung, in: Der Spiegel, Nr. 12/1984, S. 148; E. Deuter, Im Süden Afrikas wächst die Hoffnung auf Frieden, in: Westdeutsche Allgemeine Zeitung v. 21. 2. 1984.

29 Einschätzungen hierzu liefern: M. Hedrich, K. Frhr. v. d. Ropp, Chancen einer Neubesinnung EWG-AKP, in: Außenpolitik, Hamburg 1983, Nr. 4, S. 348 – 361; J. Giraud, De Lomé 2 à Lomé 3. Consolider l'aquis, in: Actuel développement, Paris 1983, Nr. 55, S. 46 – 51.

30 AKP-Generalsekretär Okelo-Odongo forderte Anfang Januar 1984 eine Vervierfachung der STABEX-Mittel, vgl. Agence Europe, Nr. 3762 v. 7. 1. 1984, S. 8.

31 Vgl. hierzu den Text der Rede des EG-Ratspräsidenten anläßlich der Eröffnung der Verhandlungen über das neue Abkommen AKP-EWG (ACP/21/009 d.83/Presse 161), S. 4f.

32 Bericht Irmer über das Nachfolgeabkommen von Lomé II, Sitzungsdokumente des Europäischen Parlaments 1-605/83/I, Ziffern 6 – 8.

33 Agence Europe, Nr. 3762 v. 7. 1. 1984, S. 8.

34 A. Traore, Bruxelles: 2^{e} réunion ministerielle de négociation ACP/CEE, in: Le Courrier, Brüssel 1984, Nr. 84, S. III.

35 17. Gesamtbericht 1983, a.a.O., S. 304, Ziffer 750.

36 Ebenda, S. 283, Ziffer 750.

37 Ebenda, S. 283, Ziffer 708; siehe auch den Bericht v. Aerssen hierzu, Sitzungsdokumente des Europäischen Parlaments 1-1495/83 v. 19. März 1984.

38 Siehe den Text der Schlußerklärung der 6. Interparlamentarischen Konferenz EG-Lateinamerika, in: Agence Europe, „Europe"-Documents Nr. 1273 v. 2. 8. 1983 sowie die Schilderung der Debatten in Agence Europe, Nr. 3634 v. 22. 6. 1983, S. 13f.

39 Bericht van Aerssen, Sitzungsdokumente des

Europäischen Parlaments 1-580/83 v. 15. 7. 1983.

40 Agence Europe, Nr. 3630 v. 17. 6. 1983, S. 11.

41 Agence Europe, Nr. 3638 v. 27./28. 6. 1983, S. 6.

42 Der Rat hatte in der 1. Lesung des Haushalts für 1984 nur 778,3 Mio. ECU für die Zusammenarbeit vorgesehen.

43 Vgl. Kommission der EG, Untersuchung über die gemeinsame Agrarpolitik und die Agrarhandelsbeziehungen der EWG (Auswirkungen auf die Entwicklungsländer), Brüssel, 7. 10. 1982 sowie W. von Urff, External pressure on the CAP: Emerging conflicts between trade policy and development policy. Paper for the Colloquium „Can the CAP be reformed?" organized by ISEA and TEPSA, 8 – 10 March 1984 in Wageningen.

44 Exemplarisch: S. Musto, Die Folgenlosigkeit der Theorie und die Folgen der Theorielosigkeit, in: Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung/DSE (Hrsg.), Wissenschaftsbörse Entwicklungspolitik, Berlin 1982.

Weiterführende Literatur

Bersani, Giovanni (Hrsg.), Die Versammlung AKP-EWG. Hintergründe – Entwicklung – Struktur – Ergebnisse 1964 – 1982. Europäisches Parlament, Europa-Zentrum Kirchberg, Luxemburg, Februar 1983.

Commission of the European Communities (Hrsg.), The European Community's Development Policy 1981 – 1983. Text by European Research Associates (ERA), Brüssel, Januar 1984.

Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE) (Hrsg.), Stellungnahme zum Memorandum der EG-Kommission zur Entwicklungspolitik der Europäischen Gemeinschaft, Berlin: DIE 1983.

Hedrich, Manfred u. Klaus Frhr. von der Ropp, Chancen einer Neubesinnung EWG-AKP, in: Außenpolitik, Hamburg 1983, Nr. 4, S. 348 – 361.

Hewitt, Adrian, STABEX: An evaluation of the economic impact over the first five years, in: World development, London 1983, Nr. 12, S. 1005 – 1027.

Hilfe in der Weltkrise – Ein Sofortprogramm. Der 2. Bericht der Brandt-Kommission. Reinbek b. Hamburg: Rowohlt 1983.

Knopf, Peter, Europarechtliche und völkerrechtliche Fragen einer Entwicklungspolitik der Europäischen Gemeinschaft und ihrer Mitgliedstaaten, (Schriften zum Völkerrecht Bd. 78), Berlin: Duncker & Humblot 1983.

Matzke, Otto, Pro und Contra Nahrungsmittelhilfe, in: Außenpolitik, Hamburg 1984, Nr. 1, S. 87 – 99.

Petersen, Hans J.(Hrsg.), Die Beziehungen zwischen der EG und Lateinamerika (=Schriftenreihe des Arbeitskreises Europäische Integration, Band 16), Baden-Baden: Nomos 1983.

Stevens, Christopher (Hrsg.), EEC and the Third World: A survey 2, Hunger in the World, London u.a.: Hodder and Stoughton 1982.

Ugonis, Muriel, Réflexions sur le STABEX, in: Revue du Marché Commun, Paris 1983, Nr. 266, S. 195 – 200.